

IWH-Pressemitteilung 8/2015

Halle (Saale), den 12. März 2015

Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur: Starkes Winterhalbjahr und weiter robuste Dynamik

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist in Deutschland im Jahr 2014 wieder spürbar ausgeweitet worden, insbesondere dank einer Belebung der Investitionstätigkeit und des privaten Konsums. Im Winterhalbjahr 2014/2015 dürfte der Produktionsanstieg besonders kräftig ausfallen. Auch wenn das Expansionstempo im weiteren Jahresverlauf wieder etwas abflacht, sprechen günstige Rahmenbedingungen wie gesunkene Energiekosten und sehr niedrige Finanzierungskosten für eine gute Konjunktur in den Jahren 2015 und 2016. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2015 um 2,0% zulegen (66%-Prognoseintervall: 1,6% bis 2,5%).

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für Deutschland in den Jahren 2015 und 2016

	2014	2015	2016
reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
private Konsumausgaben	1,2	2,3	1,6
Staatskonsum	1,1	1,5	1,1
Anlageinvestitionen	3,4	2,1	2,7
Ausrüstungen	4,3	3,0	4,0
Bauten	3,6	1,6	2,1
sonstige Anlagen	1,2	1,6	2,0
Vorratsinvestitionen ^a	-0,4	-0,1	0,0
Inlandsverwendung	1,3	2,0	1,7
Außenbeitrag ^d	0,4	0,1	0,0
Exporte	3,9	5,6	4,0
Importe	3,4	6,2	4,6
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,0	1,6
<i>nachrichtlich:</i>			
Welthandel	3,5	4,6	4,6
USA	2,4	3,0	2,8
Euroraum	0,9	1,4	1,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen, geleistet	1,5	0,6	0,3
Tariflöhne je Stunde	3,0	3,1	2,7
Effektivlöhne je Stunde	1,8	3,5	3,1
Lohnstückkosten ^b	1,6	2,0	1,7
Verbraucherpreisindex	0,9	0,3	1,2
in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	42 652	42 927	43 093
Arbeitslose ^c	2 898	2 833	2 825
<i>in %</i>			
Arbeitslosenquote ^d	6,4	6,2	6,2
Arbeitslosenquote BA ^e	6,7	6,5	6,4
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Finanzierungssaldo des Staates	0,6	0,5	0,5
Leistungsbilanzsaldo	7,4	7,8	7,8

^a Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2015: eigene Prognose (Stand: 12.03.2015).

Sperrfrist:

12. März 2015,
11:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Müller

Telefon:

+ 49 345 7753 720

E-Mail:

presse@iw-halle.de

Ansprechpartner:

Oliver Holtermöller

Telefon:

+ 49 345 7753 800

E-Mail:

ohr@iw-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschaftsministerium
(**BMWi**), Bundesministerium
der Finanzen (**BMF**),
Bundesministerium für Arbeit
und Soziales (**BMAS**),
Bundesministerium des
Innern (**BMI**), Bundes-
ministerium für Verkehr und
Digitale Infrastruktur (**BMVI**),
Bundesministerium für
Gesundheit (**BMG**),
Bundeskanzleramt,
Wirtschafts- und
Finanzministerien der Länder

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Konjunktur, Prognose,
Finanzmärkte, öffentliche
Finanzen, Geldpolitik,
Finanzpolitik, Weltwirtschaft,
Deutschland, Arbeitsmarkt,
Produktion

**Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle
(IWH)**

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61

D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60

Fax: +49 345 7753 820

<http://www.iwh-halle.de>

Internationale Konjunktur: Deutliche Verschiebungen an den Energie- und Währungsmärkten – zaghafte Erholung im Euroraum

An den Weltrohstoff- und -finanzmärkten gab es zuletzt erhebliche Verschiebungen. Vor allem hat sich der Ölpreis in US-Dollar gemessen seit dem Sommer fast halbiert. Die verschlechterten Aussichten für die energieexportabhängige russische Wirtschaft haben den Rubel in etwa dem gleichen Ausmaß abwerten lassen. Aber auch der Euro hat seit dem Sommer 2014 gegenüber dem US-Dollar über 15% an Wert verloren. An den Finanzmärkten wird erwartet, dass die US-Geldpolitik vorsichtig die Zinswende vollzieht, während die Europäische Zentralbank (EZB) erst jüngst mit umfangreichen Wertpapierkäufen begonnen hat.

Die internationale Konjunktur wird im Jahr 2015 von einer Reihe von Faktoren gestützt: Die Wirtschaftspolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften alles in allem expansiv, die Bedingungen von Seiten der Finanzmärkte sind günstig, und vom Ölpreisfall kommt per saldo ein positiver Impuls. All dies trifft in besonderem Maß auf den Euroraum zu. Die niedrigen Zinsen erleichtern die Tragbarkeit der öffentlichen Haushalte, und mittlerweile scheint der Fall der Zinsen auch die Bankkredite in den südlichen Mitgliedsstaaten zu erreichen. Die real verfügbaren Einkommen steigen aufgrund gesunkener Energiekosten. Zudem ist die Beschäftigung im Euroraum im Jahr 2014 langsam wieder gestiegen. Schließlich hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten im Euroraum durch die Schwäche der Währung verbessert. Dennoch dürfte die Erholung der Wirtschaft im Euroraum keine hohe Dynamik erreichen. Denn die Schuldenlasten von öffentlichem Sektor, Unternehmen und privaten Haushalten sind nach wie vor in vielen Ländern hoch. Zudem ist es der Wirtschaftspolitik in Italien und Frankreich noch nicht gelungen, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum entscheidend zu verbessern. Auch weil die Erholung des Euroraums moderat bleiben wird, dürfte die weltwirtschaftliche Produktion im Jahr 2015 trotz der günstigen Rahmenbedingungen nur wenig an Schwung gewinnen.

Kräftiger Jahresauftakt in Deutschland

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland zwei Jahre in Folge nahezu stagniert hatte, ist sie im Jahr 2014 wieder spürbar ausgeweitet worden. Die günstigere Konjunktur zeigte sich vor allem darin, dass die Unternehmen wieder in Ausrüstungen und Gewerbebauten investierten. Aber auch die Wohnungsbauinvestitionen wurden deutlich rascher ausgeweitet; zudem stiegen die privaten Konsumausgaben stärker. Für das erste Quartal 2015 sprechen die vorlaufenden Indikatoren dafür, dass der Produktionsanstieg kräftig bleiben wird; unter anderem wird die Bauproduktion aufgrund des milden Winters wohl deutlich zulegen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte das Expansions-tempo dann zwar etwas abflachen – so lagen die Auftragseingänge in der Industrie im Januar unter ihrem Vorquartalsstand –, alles in allem bleibt aber vor allem die Dynamik der Binnennachfrage auch aufgrund der gesunkenen Energiekosten weiter hoch. Die Unternehmensinvestitionen, die ohnehin durch die sehr niedrigen Zinsen stimuliert werden, erhalten zusätzliche Impulse durch die steigenden Gewinne der Unternehmen, und die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden aufgrund steigender Realeinkommen rascher ausgeweitet. Die Perspektiven für den Export sind angesichts der spürbaren Abwertung des Euro ebenfalls günstiger.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2015 um 2,0% steigen, das 66%-Prognoseintervall reicht von 1,6% bis 2,5%. Nach einer Unterauslastung im Jahr 2014 wird sich die Produktionslücke Ende 2015 wohl schließen. Im Jahr 2016 nimmt das Bruttoinlandsprodukt wohl um 1,6% zu, das 66%-Prognoseintervall reicht von 0,2% bis 3,1%. Die Produktionskapazitäten dürften dann etwas stärker als normal ausgelastet sein. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte zunächst noch sinken, auf 2,8 Millionen Personen im Jahr 2015, und im Jahr 2016 auf diesem Niveau verharren. Angesichts der stark gesunkenen Energiekosten werden die Verbraucherpreise im Jahr 2015 wohl nur geringfügig steigen und danach mit 1,2% wieder etwas stärker zunehmen. Die öffentlichen Haushalte werden wie schon 2014 in beiden Jahren einen Überschuss ausweisen.

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2015, insbesondere aufgrund höherer konsumtiver Staatsausgaben – etwa im Rahmen des Rentenpakets – expansiv ausgerichtet. Der finanzpolitische Impuls beläuft sich auf 0,4% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr schwenkt die Finanzpolitik auf einen nahezu konjunkturneutralen Kurs ein.

Der jähe Ölpreisfall und die erheblichen Verschiebungen wichtiger Währungsrelationen bergen neben Chancen auch Risiken für die internationale und die deutsche Konjunktur. Wer von den Preisbewegungen stark negativ betroffen wird, mag nun Schwierigkeiten haben, seinen unter günstigeren Voraussetzungen eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Das betrifft vor allem Unternehmen des Energiesektors sowie öffentliche Haushalte von Ölförderländern. Auch die unsichere politische Lage in Griechenland ist ein Risikofaktor für die Konjunktur im Euroraum und in Deutschland. Denn selbst wenn es zu einer Einigung zwischen Griechenland und der Eurogruppe über die Auszahlung der letzten Tranche des zweiten Hilfspakets im Laufe des ersten Halbjahres 2015 kommt, wird Griechenland seinen Zahlungsverpflichtungen ohne neue Hilfen nicht nachkommen können.

Die Langfassung der Prognose enthält Kästen zu folgenden Themen:

- **Kasten 1: Expansionsgrad der Geldpolitik zunehmend ausgereizt**
- **Kasten 2: Annahmen der Prognose**
- **Kasten 3: Stimuliert der Ölpreis den deutschen Export?**

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Tel.: + 49 345 7753 800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.